

Leitantrag

an das 96. Landesschüler*innenparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: 96. Landesschüler*innenparlament der BS in SH (dort beschlossen am: 22.05.2026)

Titel: **Kein Schweigen mehr: Jetzt kämpfen wir für die Zukunft der beruflichen Bildung – Landtagswahl 2027!**

Antragstext

1 Es wird eine landesweite Kampagne zur Landtagswahl 2027 mit dem Ziel, die
2 Interessen, Herausforderungen und Zukunftsperspektiven der berufsbildenden
3 Schulen sichtbar, wirksam und nachhaltig im politischen Raum zu platzieren,
4 initiiert.

5 Zur Umsetzung dieser Kampagne wird ein zentrales Kernteam eingesetzt. Dieses
6 Kernteam arbeitet operativ und strategisch an der Konzeption, Koordination und
7 Durchführung der Kampagne.

8 Hierfür wird eine Stabsstelle „Landtagswahl 2027“ eingerichtet. Diese ist dem
9 Landesvorstand beratend zugeordnet und unterstützt diesen in allen
10 kampagnenbezogenen Fragestellungen.

11 Die Stabsstelle setzt sich wie folgt zusammen:

- 12 • einer*m Stabsstellenleiter*in,
- 13 • einer*m stellvertretenden Stabsstellenleiter*in,

-
- sowie weiteren Mitgliedern des Kernteams, wobei das Kernteam insgesamt eine Anzahl von maximal 7 Personen nicht überschreiten darf.

Die Mitglieder der Stabsstelle werden durch den LSV-Vorstand berufen. Die Stabsstellenleitung berichtet dem LSV-Vorstand ständig und legt, neben einem Bericht auf jeder Sitzung, dem Landesschüler*innenparlament mindestens monatlich einen Bericht über die Arbeit der Stabsstelle vor.

Die Stabsstelle, einschließlich seiner Mitglieder, und die Kampagne, werden auf dem LSP nach den Landtagswahlen 2027 und nach Vorlage eines Abschlussberichtes aufgelöst.

Die Aufgaben der Stabsstelle umfassen insbesondere:

- Entwicklung eines strategischen Kampagnenplans zur Landtagswahl 2027,
- Ausformulierung zentraler bildungspolitischer Forderungen, Interessen und Wünsche der berufsbildenden Schulen,
- Planung und Umsetzung öffentlichkeitswirksamer Maßnahmen (z. B. Veranstaltungen, Social-Media-Kampagnen, Dialogformate),
- Aufbau und Pflege von Kontakten zu politischen Akteur*innen, Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen,
- frühzeitige Einflussnahme auf Programmprozesse der Parteien,
- Mobilisierung und Einbindung der Schüler*innenschaft der berufsbildenden Schulen.

Das 96. Landesschüler*innenparlament wird damit beauftragt, inhaltliche Schwerpunkte für die Kampagne zu erarbeiten und inhaltlich auszuarbeiten.

Die Einrichtung der Stabsstelle und die Durchführung der landesweiten Kampagne stehen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der finanziellen Machbarkeit im Rahmen des Haushaltsplanes der LSV BS SH.